Netzwerk Europa in Bewegung, europainbewegung@posteo.de
Stolipinovo in Europa e.V., info@stolipinovoeuropa.org

Frau Bärbel Bas
Bundesministerin für Arbeit und Soziales
11044 Berlin
info@bmas.bund.de, presse@bmas.bund.de

27. Oktober 2025

Gegen die Kriminalisierung von Unionsbürger:innen in prekären Lebenslagen und weiterer marginalisierter Gruppen in Deutschland – Offener Brief an Bärbel Bas

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Bas,

heute, am 27. Oktober 2025, informieren Sie sich in Duisburg bei einer kommunalen Fachtagung über „Herausforderungen und Lösungen im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten“. Der Fokus soll auf Ansätzen zur Bekämpfung von „Sozialbetrug im Kontext der EU-Freizügigkeit“ liegen, insbesondere im Zusammenhang mit den aktuellen Änderungen des Bürgergeldes.

Die Konferenz bringt Vertreter:innen von Stadtverwaltungen, Jobcentern, der Bundesagentur für Arbeit und dem Staatsministerium für Migration und Integration zusammen – Interessenvertretungen von sozialleistungsbeziehenden und prekär beschäftigten Unionsbürger:innen in Deutschland sind jedoch nicht eingeladen.

Mit diesem offenen Brief fordern wir Sie auf, den Blick umzudrehen, um zu sehen, welche brutalen Effekte der Generalverdacht des Missbrauchs und der Ausschluss von Leistungen auf das Leben vieler Menschen, insbesondere Migrant:innen, in Deutschland hat. Wir fordern Sie auf, das Prinzip des Sozialstaats, der (EU-)Freizügigkeit und der Menschenwürde unabhängig von Nationalität zu verteidigen, statt Menschen in prekären Lebenslagen zu kriminalisieren, abzuwerten und auszuschließen.

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen warnen vor den sozialen Folgen der geplanten Sozialreformen, insbesondere vor steigender Wohnungslosigkeit, und fordern Unterstützung für armutsbetroffene Menschen statt verschärfter Sanktionen. Wir befürchten, dass die heute in Duisburg diskutierten Verschärfungen für Menschen ohne deutschen Pass, denen pauschal Missbrauch und Betrug unterstellt wird, noch krasser ausfallen werden.

Schon jetzt sind nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II ganze Gruppen von Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit vom Anspruch auf Existenzsicherung ausgeschlossen, was zu existenzieller Not und Obdachlosigkeit führt und Menschen nicht selten zwingt, besonders schlecht bezahlte und unsichere Arbeit anzunehmen.

Mit diesem offenen Brief senden wir Ihnen Berichte und Statements aus der Zivilgesellschaft, die sich gegen die Kriminalisierung und den Ausschluss von Unionsbürger:innen in prekären Lebenslagen in Deutschland stellen und auf die gravierende Schieflagen in der öffentlichen Berichterstattung aufmerksam machen.

Der Verein Stolipinovo in Europa, eine Initiative von bulgarischen Migrant:innen, berichtet von den menschenverachtenden Folgen der massenhaften Räumung von sogenannten Problemimmobilien – sowie Abmeldung betroffener Familien von ihrem Wohnsitz und von jeglichen Bildungs- und Sozialleistungen – durch die gleichnamige Taskforce der Stadt Duisburg (siehe Anhang).

Der interkulturelle Jugendverein von Roma und Nicht-Roma Amaro Foro e.V. weist auf eine völlig unverhältnismäßige Razzia in einer Notunterkunft für wohnungslose Menschen am 14.10.2025 in Berlin hin. Unglaubwürdig als gutwillige Beratungsaktion dargestellt, sei diese tatsächlich politisch motiviert und ginge auf Kosten der größten Minderheit Europas. In den Medien sei irreführend und rassistisch berichtet worden.

Die Erwerbsloseninitiative BASTA! Berlin berichtet von übergriffigen Hausbesuchen, von einer Zunahme diskriminierender Äußerungen in den Behörden, von aufenthaltsrechtlichen Kontrollen durch die Familienkasse sowie von der erfolgreichen Klage einer rumänischen Familie, der fälschlicherweise Sozialbetrug vorgeworfen wurde, die aber bis heute nicht alle ihr zustehenden existenzsichernden Leistungen erhalten hat (siehe Anhang).

Erst vor zwei Wochen intervenierten das Medinetz Mainz und weitere Organisationen und Einzelpersonen in die Debatte zu „bandenmäßigem Sozialmissbrauch durch EU-Bürger:innen“: Die Berichterstattung skandalisiere Armut, mache Betroffene zu Täter:innen und reduziere komplexe soziale Zusammenhänge auf Schlagzeilen. Sie stellen klar: “Armut, unsichere Beschäftigung und Ausgrenzung sind keine Vergehen, sondern Folgen politischer Entscheidungen”.

Auf die diskriminierende Sonderbehandlung von EU-Bürger:innen wies schon im Jahr 2021 eine Umfrage der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege unter Mitarbeitenden in der Beratung hin. Sogenannte EU-Ausländer*innen seien bei der Beantragung von Sozialleistungen oder von Kindergeld einer diskriminierenden und zum Teil rechtswidrigen Behördenpraxis ausgesetzt. Der Paritätische Gesamtverband bewertete diese Ergebnisse als skandalös und warnte vor strukturellem Rassismus in Jobcentern. Ähnliche Kritik wurde in einer Untersuchung der Universität Duisburg-Essen (2024) geäußert, die feststellte, dass die Prekarität, welche das Leben von EU-Migrant:innen in segregierten Stadtteilen prägt, durch das repressive Vorgehen der lokalen Behörden – in diesem Fall der Stadt Duisburg – erzeugt wird.

Wir fordern Sie auf, diese Berichte und Erfahrungen ernst zu nehmen und sich dafür einzusetzen, dass die Politik der Diskriminierung und Kriminalisierung von prekarisierten EU-Migrant:innen, Menschen in benachteiligten Wohngegenden, Geflüchteten, Leistungsbeziehenden und weiteren marginalisierten Gruppen aufhört. Wir fordern sie auf, die jüngsten sozial- und migrationspolitischen Verschärfungen zurückzunehmen und das Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung für alle Menschen in Deutschland sicherzustellen.

Mit vielen Grüßen

Stolipinovo in Europa e.V. und das Netzwerk Europa in Bewegung

Mitzeichnende:

Amaro Foro e.V.

BASTA! Berlin

Dr Lisa Riedner

Dr Philipp Lottholz

Dr Polina Manolova

Dr Thorsten Schlee

Initiative Marxloher Nachbarn

Joachim Krauß

Quellenliste:

- Amaro Foro e.V. (2025) — *Politisch motivierte Razzia auf Kosten der größten Minderheit Europas"* — https://amaroforo.de/wp-content/uploads/2025/10/PM231025-Politisch-motivierte-Razzia-auf-Kosten-der-groessten-Minderheit-Europas.pdf (siehe Anhang S. 6-7).

- BAGFW *(2021) — "Auswertung Praxiserfahrung EU-Bürgerinnen in der Durchsetzung von Leistungsansprüchen"* — https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Stellungnahmen/2021/210301_Auswertung_Praxisumfrage_EU-B%C3%BCrger.pdf

- BASTA! Berlin, Bericht aus der Praxis, siehe Anhang S. 4.

- Manolova, Polina; Schlee, Thorsten; Wiese, Lena (2024). *Multiple Prekarisierung – Zur Lebenslage osteuropäischer Migrant*innen in urbanen Sozialräumen: Am Beispiel der beiden Duisburger Stadtteile Hochfeld und Marxloh*. IAQ-Report 2024_10.https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00082051/IAQ-Report_2024_10.pdf

- Medinetz Mainz e.V. (2025) — *"BÜRGERGELD unter Generalverdacht – EU-Bürger*Innen werden zur Zielscheibe von Populist*innen und Medien"* — https://www.medinetzmainz.de/wp-content/uploads/2025/10/25-10-13_gem_Erklaerung_EU-Buergerinnen_Rechte_Buergergeld.pdf

- Paritätischer Wohlfahrtsverband) (2021) — *"Paritätischer warnt vor Rassismus in Jobcentern"* — https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/paritaetischer-warnt-vor-rassismus-in-jobcentern/

- Stolipinovo in Europa (2025) — Statement — siehe Anhang S. 5.

solidarisch & klassenkämpferisch
gegen Hartz IV, Armut & Ausbeutung

Erwerbsloseninitiative BASTA!

Beraten Begleiten Bestreiken
bastaberlin.de

Stellungnahme von Basta!, einer Erwerbsloseninitiative aus Berlin:

Die Berichterstattung zur „Grundsicherung für Arbeitslose“ und zum „bandenmäßigen Sozialleistungsmissbrauch durch EU-Bürger*innen“ ist schrill. Sie trieft vor Gleichgültigkeit und Häme gegenüber der Verelendung, der extremen Ausbeutung und Armut von Migrant*innen, Obdachlosen und Erwerbslosen.

Insgesamt merken wir in unserer Praxis dass bei nicht wenigen Jobcenter-Mitarbeiter*innen rassistische und antiziganistische Ressentiments vorhanden sind da migrantisierte Menschen von ihnen deutlich schlechter behandelt werden. So sind es oft als Romnija gelesenen Personen, Migrantinnen, alleinerziehende Frauen, Obdachlose, wegen Armutsdelikten Verurteilte, Langzeitarbeitslose und Menschen mit kognitiven und körperlichen Beeinträchtigungen oder psychiatrischen Erkrankungen die nicht Wert geschätzt und ausgegrenzt werden.

Wer, wie wir von der Basta!-Erwerbsloseninitiative, zum Jobcenter berät und auch bei größeren Krisen zur Behörde begleitet, konnte im letzten halben Jahr Änderungen in den Aussagen der Mitarbeiter in den Behörden wahrnehmen. Sie sind dabei bemerkenswert unverblümt – scheinen sie doch vor Konsequenzen generell gefeit zu sein. Folgende verbale Totalausfälle kamen uns in diesem Zeitraum unter:

Ein Arbeitsvermittler des Jobcenter Berlin-Mitte erzählt in klagendem Tonfall „... dass Arbeitslose doch zumindest Termine wahrnehmen müssten“. Er habe kaum Handhabe gegen Leute, die nicht kämen.
Eine erschöpfte Frau mit zwei kleinen Kindern sitzt vor diesem "leidenden" Beamten und muss sich dessen Geschwätz anhören, da ihr sonst eine Bestrafung wegen „fehlender Mitwirkung“ droht.
Eine Arbeitsvermittlerin des Jobcenter Pankow freut sich. Jetzt wird Schluss gemacht damit „...dass die Ausländer unser Kindergeld kriegen“.
Wenige Wochen darauf kommt eine Familie in die Beratung und zeigt uns den Ablehnungsbescheid der Kindergeldkasse. Darin steht: „... dass Staatsangehörige der EU ab dem 4. Monat der Begründung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes in Deutschland nur dann Kindergeld erhalten, solange die Familienkasse die Voraussetzungen des Rechts auf Einreise und Aufenthalt nach Maßgabe des Freizügigkeitsgesetzes/EU als erfüllt ansieht. Die Prüfung ergab, dass bei Ihnen die Voraussetzungen des § 2 Abs. 2 oder 3 Freizügigkeitsgesetz/EU nicht erfüllt sind. Die Familienkasse hat hier ein eigenes Prüfrecht, das unabhängig der Entscheidung der Ausländerbehörde besteht.“ (Familienkasse Berlin-Brandenburg, 10.10.2025). Die Familienkasse wird zur Grenzpolizei!

Das Jobcenter Lichtenberg hat sich anscheinend maßgeblich auf migrantische Arbeiter*innen eingeschossen, insbesondere aus Rumänien. Unserem Eindruck nach könnte man von gesichert rechtsradikalen Einstellung innerhalb der Behörde ausgehen. So zweifelte die Behörde die Existenz eines Arbeitsverhältnisses in der Baustellenreinigung an. Deshalb wurde einer von uns juristisch unterstützten Familie die Auszahlung von Leistungen verweigert -- selbst noch, als das Sozialgericht in Berlin im Hauptverfahren Jahre später zum Ergebnis kommt, dass dieses Arbeitsverhältnis tatsächlich bestanden hat. Diese Praxis bringt die Familie in eine existenzbedrohende Lage, denn selbstverständlich ist der Lohn so erbärmlich, dass eine Familie davon nicht satt wird und Miete zahlen kann.

Erst letzte Woche fand eine politisch motivierte Razzia in einer Notunterkunft statt. Angezettelt durch die Jobcenter in Begleitung der Familienkasse und der Polizei und dem „Tagesspiegel“ wollte man um 6 Uhr morgens ‚beraten‘. Das was Jobcenter nicht tun, ist beraten. Bei der Razzia ging es um die Kriminalisierung migrantischer Arbeiter*innen, sie verfestigte anziganistischer Stereotype vor den Augen einer breiten Öffentlichkeit – quasi Volksverhetzung von Amts wegen. Nicht so laut sprechen die Jobcenter über die Hausbesuche bei verarmten Leuten. Dagegen scheinen die regelmäßig unangekündigten „Hausbesuche“, die vermehrt bei Wohngmeinschaften stattfinden, harmlos. Aber auch diese sind ein brutaler Eingriff in die Privatsphäre.

Deshalb streiten wir von Basta! für eine inklusive Gesellschaft, was bedeutet, dass alle Menschen möglichst lange optimal und ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden.

Stellungnahme „Stolipinovo in Europa“, Duisburg:

STOLIPINOVO IN EUROPA

Als in Duisburg ansässige Initiative, die Migrant*innen aus Südosteuropa unterstützt, weisen wir den aktuellen Diskurs über den angeblich „organisierten Sozialleistungsbetrug“ durch EU-Migrant*innen entschieden zurück, ebenso wie dessen politische Legitimierung durch die von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas und Oberbürgermeister Sören Link organisierte „Fachtagung“ am 27. Oktober 2025 in Duisburg.

Die überzogene und mit Fakten nicht rechtfertigbare Assoziierung von EU-Migrant*innen mit Sozialleistungsmissbrauch schürt fremdenfeindliche Einstellungen und entfacht rassistische Spannungen und Konflikte, die das Leben von Migrant*innen unmittelbar gefährden. Darüber hinaus trägt ein solcher Diskurs zur Normalisierung diskriminierender Rhetorik und Praktiken in öffentlichen Institutionen bei.

Seit über einem Jahrzehnt verfolgt die Stadt Duisburg eine der repressivsten migrationspolitischen Strategien Deutschlands, die sich gezielt gegen die Wohnsituation, den Alltag und die Behördenkontakte von Migrant*innen richtet. Zentrales Instrument dieser Migrationssteuerung nach Ethnizität sind die Zwangsräumungen, die sich gegen bulgarische und rumänische Bewohner*innen sogenannter „Problemimmobilien“ richten. Seit 2014 nutzt die Taskforce Problemimmobilien der Stadt Brandschutzverordnungen als Vorwand, um unangekündigte Räumungen durchzuführen. Bis heute wurden über 200 Gebäude in vier sogenannten „Brennpunkt“-Vierteln geräumt, wodurch mehr als 5.000 Menschen, darunter Kinder und Kranke, ihre Wohnungen verloren haben. Ersatzunterkünfte werden nicht bereitgestellt; die Betroffenen sind gezwungen, bei Verwandten unterzukommen oder werden in die Obdachlosigkeit getrieben.

Ein Beispiel ist die Räumung vom 11. Dezember 2024 in der Hagedornstraße, von der mehr als 50 Personen betroffen waren – überwiegend rumänische Staatsangehörige, darunter ein behindertes Kind, eine Frau im neunten Schwangerschaftsmonat sowie über zehn minderjährige Kinder. Den Betroffenen wurde eine Notunterkunft mehrere Kilometer entfernt angeboten, mit unerschwinglichen Gebühren von über 100 Euro pro Nacht und Familie. Die Stadt ignorierte die Hilferufe der Bewohner*innen und zeigte keine Kooperationsbereitschaft, um Möglichkeiten zur Behebung der angeführten Baumängel zu besprechen. In den kältesten Wochen vor Weihnachten wurden die Familien dem Risiko der Obdachlosigkeit ausgesetzt und sahen sich gezwungen, sich an skrupellose Vermieter zu wenden, die auf dem informellen Wohnungsmarkt wuchernde Mieten verlangten.
Im Rahmen der aktuellen Debatte über den sogenannten „organisierten Sozialleistungsmissbrauch“ werden „Problemimmobilien“ erneut als „Anreizfaktor“ für Migrant*innen aus Südosteuropa bezeichnet, und es gibt offene Forderungen, solche Gebäude vom Markt zu entfernen.
Die Beseitigung von bezahlbarem Wohnraum, der Rückgang des sozialen Wohnungsbaus sowie das Fehlen wirksamer Kontrolle und Aufsicht über private Vermieter und notwendige Sanierungsmaßnahmen werden jedoch dazu führen, dass sich die Wohnungskrise weiter verschärft, Obdachlosigkeit zunimmt und Migrant*innen in soziale Not gedrängt werden.

Es ist nicht die europäische Freizügigkeit an sich, die die Ausbeutung von Migrant*innen durch kriminelle Vermieter ermöglicht. Das Problem ist struktureller Natur und liegt in der Finanzialisierung des Wohnungsmarktes, insbesondere seit 2019, im Rückgang des sozialen Wohnungsbaus sowie in kommunalpolitischen Ansätzen, die migrantische Mieter*innen bestrafen, anstatt skrupellose Vermieter zur Verantwortung zu ziehen.

In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag von Bärbel Bas und der Regierungskoalition, den Zugang zu Sozialleistungen einzuschränken, kontraproduktiv und unmenschlich.
Wir fragen daher: Wer sind die eigentlichen „Missbraucher“ des Systems?
Sind es die migrantischen Familien, die unter ungerechten Bedingungen ums Überleben kämpfen, oder die politischen Akteure, die auf ihrem Rücken Profite schlagen?
Oder sind es die Immobilienkonzerne und Subunternehmen, die Millionengewinne aus der Ausbeutung des Rechts von Migrant*innen auf Wohnen und menschenwürdige Arbeit erzielen?

Wir fordern daher ein Ende der aktuellen Politik der Diskriminierung und Kriminalisierung von EU-Migrant:innen und das Einstellen der Zwangsräumungen in Duisburg und allen anderen Kommunen sowie die Herstellung eines respektvollen und menschenwürdigen Umgangs, der dem Beitrag und der wichtigen Rolle von EU-Migrant:innen in Deutschland gerecht wird!

Amaro Foro e.V.

Politisch motivierte Razzia auf Kosten der größten Minderheit Europas

Berlin, den 23.10.2025

Am 14.10.2025 werden wohnungslose Bürgergeld-Bezieher:innen, die in einem Hotel untergebracht sind, durch Mitarbeiter:innen der Berliner Jobcenter um 6 Uhr morgens aufgesucht. Begleitet von zwei Mitarbeitenden der Familienkasse und 21 Polizeibeamt:innen hatten 18 Mitarbeitende aller Berliner Jobcenter nach eigenen Angaben das Ziel, mit den Hotel-Bewohner:innen „… in Kontakt zu treten, Unterstützung anzubieten und Hinweisen auf möglichen Sozialleistungsmissbrauch nachzugehen."[1]
Bekannt ist das Hotel in Tempelhof-Schöneberg seit mehreren Monaten durch rassistische Medienberichterstattungen. Eine detaillierte Einordnung der Situation vor Ort hat Amaro Foro bereits am 15.09.2025 veröffentlicht.[2]

Die Razzia wird unglaubwürdig als gutwillige Beratungsaktion dargestellt. „Zum einen ist es keine gängige Praxis der Jobcenter, aufsuchende Beratungsarbeit anzubieten und schon gar nicht um 6 Uhr morgens, begleitet von Polizei und Presse. Zum anderen ist der Zeitpunkt der Aktion fragwürdig. Wieso tun die Jobcenter dies erst jetzt und explizit in diesem Hotel?" – fragt Georgi Ivanov, Leiter der Anlauf- und Beratungsstelle bei Amaro Foro.

Medien haben noch am gleichen Morgen über die Razzia berichtet. Dabei wurden journalistische Standards verletz, indem vorverurteilend und auf antiziganistische Art und Weise berichtet wurde. Als „Indiz" wird die Zahl der angetroffenen Menschen genommen: Medien berichten von zwei, die Jobcenter von 19 anwesenden Personen. Bereits diese Unstimmigkeiten sind verwirrend und beeinflussen die öffentliche Wahrnehmung. Zu mehr Spekulationen führen aber auch die oberflächliche Darstellung und fehlende Hintergrundinformationen. Beispielsweise sind bereits eine Woche vor der Razzia alle Hotel-Bewohner:innen, oder zumindest die aus Rumänien, von den jeweiligen zuständigen Sozialämtern in andere Unterkünfte verlegt worden. Es ist daher selbsterklärend, wieso lediglich 19 Personen angetroffen wurden. Der Anlauf- und Beratungsstelle bei Amaro Foro sind acht Bedarfsgemeinschaften bekannt, die vor dem 14.10.2025 umgezogen sind.

„Zahlreiche Anhaltspunkte und Zusammenhänge lassen vermuten, dass es sich hier um eine gezielte politisch motivierte Aktion handelt", sagt Ivanov weiter. Viele populistische und instrumentalisierende Aussagen von Politiker:innen in der Vergangenheit deuten darauf hin, dass

[1] Pressemitteilung „Vor-Ort-Prüfung der Berliner Jobcenter - Beratung und konsequente Aufklärung gehen Hand in Hand" der Berliner Jobcenter vom 14.10.2025: https://www.berlin.de/jobcenter/ueber-uns/pressestelle-der-berliner-jobcenter/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1606193.php
[2] Pressemitteilung und Stellungnahme „Antiziganismus unter dem Deckmantel von „öffentlichem Interesse" und Meinungsfreiheit" vom 15.09.2025: https://amaroforo.de/2025/09/15/pressemitteilung-vom-15-09-2025-antiziganismus-unter-dem-deckmantel-von-oeffentlichem-interesse-und-meinungsfreiheit/

die Razzia nicht nur bewusst geplant, sondern auch unter Behörden, Medien und bestimmte politischen Vertreter:innen abgesprochen wurde.

Besonders gefährlich und erschütternd ist die erneute Ethnisierung des Geschehens bzw. die pauschalisierende und generalisierende Kriminalisierung der Minderheit, insbesondere von Leistungsempfänger:innen. Wiederholt werden sozial- und migrationspolitische Themen durch antiziganistische Stereotype kulturalisiert und politischer Wahlkampf mit rechter Rhetorik auf Kosten von realen Menschen geführt. Solche Razzien haben sowohl die Funktion, Verschärfungen des Zugangs von Migrant:innen zu Sozialleistungen zu legitimieren als auch unerwünschte Migrant:innen abzuschrecken und durch Hetze die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Wir fordern alle Redaktionen, die über die Razzia berichteten, zur Richtigstellung der Situation auf!
Insbesondere die Berliner Morgenpost, die Berliner Zeitung, die BILD-Zeitung, die BZ, den Tagesspiegel, die Welt und auch das ZDF aufgrund der Sendung „Markus Lanz" am selben Tag der Razzia: 14.10.2025.

Amaro Foro e. V. ist eine transkulturelle Jugendselbstorganisation von Rom:nja und Nicht-Rom:nja. Gemeinsam engagieren wir uns gegen Antiziganismus und für Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Wir bieten praktische Unterstützung im sozialen Bereich an und sensibilisieren in der Bildungsarbeit und in der politischen Debatte zum Thema Antiziganismus. „Amaro Foro" ist Romanes und bedeutet „Unsere Stadt".

Pressekontakt: presse@amaroforo.de